

Konsens, Respekt und Toleranz

Stefan Kornelius

Nach einer langen Phase wahlbedingter Scheinpolitik sind die großen Konflikte im Nahen Osten wieder in aller Härte ins Bewusstsein getreten. In den USA regiert ein neuer Präsident, der radikal mit der Politik und der Philosophie seines Vorgängers gebrochen hat. In Israel wurde ein neues Parlament gewählt, das einer konservativen Regierung mit wenig außenpolitischer Fantasie an die Macht brachte. Und schließlich löste die Präsidentschaftswahl im Iran einen Massenprotest aus, der die Fragilität des Regimes und die Konflikte zwischen Klerus und Sicherheitsapparat entlarvte. Diese drei einschneidenden Ereignisse haben dem Nahen und Mittleren Osten neue strategische Optionen beschert – aber auch die Mühsal des Friedensprozesses deutlich werden lassen.

Gerade der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ist nach der Wahl Benjamin Netanjahus zum Ministerpräsidenten in neuer Kälte erstarrt. Beide Seiten fordern und hadern und klagen. Aber keine ist zu einem Zugeständnis bereit. So war es in den hoffnungsschwangeren Jahren der Carter- und Clinton-Regierung, so war es unter Vater und Sohn Bush, so war es in all den Jahren seit dem Sechstage-Krieg 1967 und selbst in den Jahrzehnten davor. Die Geschichte des Landstreifens Palästinas ist voller unerfüllter Versprechungen und zerstörter Hoffnungen. In dem teuflischen Dreiecksverhältnis aus religiösen, ethnischen und staatlichen Identitäten gärt ein schier unlösbarer Konflikt, der seine Ursachen weit vor

der israelischen Staatsgründung 1948 hat.

Israel und die Palästinenser – das ist ein inzwischen auf die Chiffre Nahostkonflikt zusammengeschrumpftes Beziehungsdrama, dessen Monstrosität und globale Bedeutung sich gar nicht erklären wollen, bedenkt man, dass in den betroffenen Gebieten lediglich 5,4 Millionen Juden und 5,2 Millionen Araber leben. Das sind, gemessen an anderen Konflikten auf der Welt, sehr wenige Menschen.

Aber ihr Streit ist so symbolgeladen, er ist so grundsätzlich und so infektiös für andere, dass keine Macht der Welt ihm entkommen kann. Diese Erfahrung hat zuletzt George W. Bush gemacht, der den kleinen Regionalkonflikt ignorieren wollte und einem großen, grundsätzlichen Streit unterordnete. Aber der Nahostkonflikt will nicht weichen, selbst wenn man ihn aufbläst zu einer gewaltigen Auseinandersetzung mit der islamischen Welt oder wenigstens ihrem radikalen Teil. Deswegen gilt für jeden amerikanischen Präsidenten die Regel: Wenn du nicht zum Konflikt gehst, kommt der Konflikt zu dir. Denn ungeachtet aller Aussichtslosigkeit und Frustration: Nur den USA wird zugetraut, dass sie Frieden bringen können, dass sie territoriale Ansprüche befriedigen, Hoffnungen der Vertriebenen und der Siedler erfüllen, Garantien für Sicherheit aufbringen und Vertrauen stiften können.

Nun also Barack Obama. Nun also der Mann, der schon vor Beginn seiner Präsidentschaft beladen wurde mit Erwartungen, der in vielen Porträts ein „Heilsbrin-

ger“ genannt wird und somit eine fast schon religiöse Aufladung erfährt. Dieses Bild von Barack Obama ist nicht zufällig entstanden. Und Obama wurde nicht zufällig Präsident. Er verdankt seinen kometenhaften Aufstieg und seine hohen Sympathiewerte vor allem einer rhetorischen Begabung, wie sie nur selten in der politischen Welt anzutreffen ist. Seine Reden sind klar, simpel und ausgewogen. Er benennt Probleme ohne Umschweife, er fordert und gibt, zeigt Verständnis für Gefühle, ohne weich zu wirken. Kurz: Obama wird als glaubwürdig erachtet. Was er sagt, erzeugt einen hohen Grad an Konsens.

Rhetorisches Meisterwerk

Dies gilt auch für die große Rede am 4. Juni an der Al-Azhar-Universität in Kairo, die noch in Jahren als Meisterwerk angesehen werden wird. In ihr unternahm Barack Obama den Versuch, ein über acht Jahre gefestigtes Bild von Amerika in der arabischen Welt aufzubrechen. Kein geringeres Ziel verfolgte er, als in weniger als einer Stunde Amerika in eine neue, vorteilhaftere strategische Rolle zu katapultieren. Verpackt in wenigen Kapiteln und vorgetragen mit klarer, ruhiger Stimme, vermittelte Obama der arabischen Welt ein neues Amerika. Nicht nur löste sich der Präsident vom gesammelten Glaubenskanon seines Vorgängers (den er dabei gleichwohl nicht offen kritisierte), sondern er schuf eine neue Hülle für die amerikanische Politik in Nahost.

Mit der Rede gab Obama den USA Glaubwürdigkeit zurück, indem er das Land als demutsvoll und selbstkritisch zeichnete. Auf einmal war der größte Widerspruch der Bush-Präsidentschaft aufgelöst: Amerikas Ideale befanden sich wieder im Einklang mit seinen Forderungen. Die moralische Kraft von Kants kategorischem Imperativ konnte wieder ihre Wirkung entfalten. Der Triumphalismus der Bush-Jahre war verflogen, Obama

machte Amerika klein, damit es wieder vorbildlich sein konnte.

Die *New York Times* schrieb nach der Rede, „wenn Obama in Kairo spricht, dann erkennen wir darin wieder die Vereinigten Staaten“. Und der Terrorismus-Experte Jarret Brachmann sprach vom „größten strategischen Schritt dieses Jahres“, weil die Rede die Angreifbarkeit Amerikas reduziere. Andere Kommentatoren verglichen gar die poetische Kraft in Obamas Worten mit der Osama bin Ladens. Das Ergebnis: Bin Ladens Rhetorik ist mittelalterlich, zerstörerisch, wüst, während Obama von Konsens spricht, von Respekt und Toleranz.

Die Rede hatte einen schnellen, willkommenen Effekt: Amerika und die Politik der Regierung Bush verloren ihre Bedeutung als Rechtfertigung für den dschihadistischen Terror. Der Antagonismus zwischen der islamischen Welt und dem Westen schrumpfte mit jedem dieser Sätze, in denen Obama die drei Weltreligionen zitierte, seine Lebenserfahrung unter Muslimen in Djakarta schilderte oder gar die aus dem Koran entliehene Isra-Legende erzählte. In der Geschichte betet Mohammed auf seiner Reise zu Allah mit Abraham, Moses und Jesus – die Propheten vereint im Gebet. „Frieden sei mit ihnen“, rief Obama in Anlehnung an die Beschwörungsformeln der Weltreligionen. Nie war der Präsident näher am Propheten, nie hat ein amerikanischer Präsident die arabischen Massen gefühlvoller angesprochen.

Schnell wurde der Versuch unternommen, die Rede in Kairo mit der Rede Ronald Reagans vor dem Brandenburger Tor zu vergleichen. Zwei Jahre vor dem Fall der Mauer hatte der damalige US-Präsident seinen flammenden Appell an den sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow gehalten und ihn beschworen, die Mauer niederzureißen. In Amerika wird diese Rede gerne als Initialzündung für die Freiheits- und Revolutionsbewe-

US-Präsident Barack Obama ruft bei seiner Rede am 4. Juni 2009 in der Cairo University zu einem Neubeginn zwischen den Vereinigten Staaten und der muslimischen Welt auf.

© picture-alliance/dpa, Foto: Chuck Kennedy – White House



gung 1989 genommen. Dieser Anspruch ist überzogen: Zwar registrierten die Bürgerbewegungen von Polen bis in die DDR feinfühlig den Grad der Unterstützung aus dem Westen, aber unklar ist, wie viel Schubkraft dem Freiheitsdrang von außen verliehen werden konnte.

Was am Ende des Kalten Krieges galt, gilt in Zeiten der asymmetrischen Terrorbedrohung und der Auseinandersetzung mit Autokratien und Theokratien. Revolutionen werden heute nicht unbedingt von Reden ausgelöst, eher von elektronischen Textnachrichten und Videoclips. Aber der Maßstab für einen revolutionären Anspruch kann durchaus von außen geformt werden.

Überwältigt durch Freundschaftsgesten

Deswegen war es nicht verwunderlich, als nach Ausbruch der Unruhen in der Folge der Präsidentschaftswahl im Iran

das Obama-Lager aufmerkte. Sollte der Präsident der Widerstandsbewegung gar geholfen haben? Obama hatte durch seine mehrfachen Avancen an die Führung in Teheran signalisiert, dass er auf einen friedlichen und respektvollen Ausgleich mit dem Iran bedacht sei. Damit nahm er dem Regime jeden Grund für innere Repression, die ja immer unter dem Vorwand ausgeübt wurde, das Land müsse sich vor der Destabilisierung schützen und zusammenstehen gegen den äußeren Feind. Der amerikanische Satan wollte plötzlich Freund sein, streckte statt der Faust die Hand aus und überwältigte das persische Volk mit Freundschaftsgesten. Wie konnte die Autokratie in diesem Moment feindliche Mächte glaubwürdig der Brandstiftung zeihen? Konnte sie nicht, weshalb auf den Straßen Teherans für alle sichtbar über Präsident Ahmadinedschads eigene Arbeit und die Repression des Regimes geurteilt wurde.

Obama, dessen Rede sicherlich den kleinsten Beitrag geleistet hatte zur Motivation der Massen in Teheran, hielt sich während der Proteste klug zurück. Als die Gewalt gegen die Demonstranten nicht mehr zu ignorieren war, mahnte er zu Friedfertigkeit und Respekt. Nie griff er das Regime direkt an, nie nannte er den religiösen Führer Ali Chamenei beim Namen, Ahmadinedschad erwähnte er erst recht nicht. In Washington hieß es, es sei etwas anderes, ob Bundeskanzlerin Angela Merkel als Vertreterin Deutschlands (mit seinen relativ unbelasteten Beziehungen zum Iran) eine Nachwahl oder eine Neuauszählung fordere, oder ob dieser Wunsch aus Obamas Mund komme. Wenn Washington mahnt, dann ist es das alte Amerika der Besserwisser und Umstürzler. Dann handelt es sich um eine Einmischung in die inneren Verhältnisse.

Obama stand ohnehin im Wort – in seinem eigenen. Hatte er nicht in Kairo aus tiefster Überzeugung eines Realisten erklärt, dass keine Nation einer anderen das Regierungssystem aufzwingen könne und dürfe? Hatte er nicht verkündet, dass Amerika nicht behaupten zu wissen, was besser sei für andere?

Sendungsbewusstsein und taktische Finesse

Dann aber blitzte bei Obama auch der Idealist durch: „Ich habe den unbeugsamen Glauben, dass sich alle Menschen nach gewissen Dingen sehnen: Die Chance, seine Meinung zu sagen und mitzureden, wie man regiert wird; Vertrauen in den Rechtsstaat und die Gleichheit vor dem Gesetz; Regierungen, die offen sind und die Menschen nicht bestehlen; die Freiheit, so zu leben, wie man es möchte. Das sind keine amerikanischen Ideen, das sind Menschenrechte.“ Und als Mahnung, wohl eher an seinen Gastgeber Mubarak in Ägypten gedacht, fügte er hinzu: „Regierungen, die diese Rechte schützen, sind am Ende stabiler, erfolgreicher und

sicherer. Die Unterdrückung von Ideen führt nicht dazu, dass sie verschwinden.“

Obamas Glaubensbekenntnis offenbarte eine erstaunliche Mischung: Der Präsident paarte die moralische Wucht und das Sendungsbewusstsein eines George Bush mit dem Realismus und der taktischen Finesse eines Henry Kissingers. Wo aber ist dann der wahre Obama? Wie, bitte sehr, kommt man voran, wenn man im Spagat verharrt? Gilt nun die Mahnung des Idealisten oder die Nüchternheit des Realisten Obama, wenn die Proteste abgeflaut sein werden, Iran immer noch Uran anreichert und bis Ende des Jahres eine ausreichend große Menge Plutonium zusammenhaben wird, um die Hochanreicherung zu betreiben – den letzten Schritt hin zur Bombe?

Kein Wunder, dass die Idealisten aus dem alten Bush-Lager schäumten. Wen sollten sie da angreifen? Robert Kagan, der mit seiner Analyse über die Unvereinbarkeit amerikanischer (Mars) und europäischer (Venus) Politik für Furore gesorgt hatte, schüttete seinen Spott aus über den „wilsonischsten Präsidenten in einem Jahrhundert“. „Lasst uns das nicht Realismus nennen“, bat er, „wie bei Wilson ruht Obamas Außenpolitik immer mehr auf der Annahme, dass andere Nationen auf Grundlage dessen agieren, was sie als guten Willen, gute Absichten oder moralische Reinheit anderer Nationen, besonders der Vereinigten Staaten, erachten.“ Und weiter höhnte er: „Der zentrale Punkt in Obamas Diplomatie ist, dass Amerika plötzlich anders ist. Dass es besser ist. Und dass es deshalb jetzt an der Zeit für andere Nationen sei zu kooperieren.“

Kagans Kommentar zeugt von der Irritation, die das Obama-Lager mit einem kühlen Kunstgriff auch noch zu steigern vermochte: Nicht Moralist, nicht Realist sei der Präsident, sondern ein Pragmatiker. Obama will Erfolge, und zwar schnell. Tatsächlich scheint der Präsident verstanden zu haben, dass er – um einen

Fortschritt mit Iran aber auch im israelisch-palästinensischen Konflikt zu erzielen – schnell und entschlossen handeln muss.

Israel verweigerte er deshalb jede auch noch so augenzwinkernde Konzession beim Siedlungsbau und setzt stattdessen das Land unter einen für amerikanische Verhältnisse noch nie da gewesenen Druck. Der iranischen Opposition verweigert er die Geste der Anerkennung und lässt das Regime damit wissen, dass er gewillt ist, mit welcher Regierung auch immer, über das Nuklearprogramm zu verhandeln. Für diese Option aber setzt er harte Bedingungen: Mit den Nationen der G8-Gruppe vereinbart er ein Ultimatum bis September. Und die Sanktionskeule wird bereits deutlich geschwungen.

Neue Beweglichkeit in der Region

Parallel dazu nutzen die USA die Gelegenheit, die nach der Iran-Wahl entstandene Beweglichkeit in der Region für sich zu nutzen. Syriens Präsident Baschar al-Assad erkennt die Öffnung als Chance, um den Weg aus der iranischen Umklammerung zu suchen. Ein guter Zeitpunkt bot sich nach den Parlamentswahlen im Libanon, bei denen Syrien entgegen früherer Gepflogenheit weitgehend auf Einflussnahme verzichtete. Vier Jahre nach dem Abzug des Botschafters (als Reaktion auf die offensichtlich aus Syrien gesteuerte Ermordung des früheren libanesischen Ministerpräsidenten Hariri) entsandten die USA wieder einen Vertreter nach Damaskus. Saudi-Arabien ist diesem Beispiel inzwischen gefolgt.

Der Wille, die iranische Dominanz zu brechen und ein Signal gegen die kraftmeiernde Rhetorik aus Teheran zu setzen, gärt überall im Nahen und Mittleren Osten. Sechs Jahre nach dem amerikani-

schen Einmarsch im Irak suchen die Staaten nach neuer Orientierung im Umgang miteinander. Die Freiheits- und Demokratie-Agenda von George Bush ist verblasst, der Irak feiert den Abzug der amerikanischen Truppen aus den Städten wie den Sieg über eine feindliche Armee. Und die reichen Golf-Staaten erkennen im Schock der Finanzkrise und wild schwankender Rohstoffpreise, dass auch ihr Wohlstandsmodell von Verlässlichkeit und Stabilität im Westen abhängt.

Amerika bietet sich in dieser Situation als neuer Partner an. Iran selbst demonstriert, wie glaubwürdig sein Vormachtstreben in der Region noch ist. Und Israel steht unter unerwartetem Druck seines engsten Verbündeten. Die harsche Kritik der USA an der Siedlungspolitik und der offensichtliche Vertrauensverlust zwischen den Akteuren auf beiden Seiten haben die Regierung Netanjahu isoliert. Israel steht plötzlich in der Gefahr, dass es seinen Bonus als Demokratie und strategischer Verbündeter nicht nur der USA, sondern aller westlichen Staaten einbüßt. Fraglich ist, wie lange Netanjahu und vor allem sein polternder Außenminister Lieberman diesem Druck standhalten.

Obama hat in wenigen Monaten Amerikas israel-zentrisches Weltbild gedreht, die Demokratie-Agenda von George W. Bush eines schnellen Todes sterben lassen und die USA kleiner und damit weniger angreifbar gemacht. Damit hat er seine Gegner irritiert, neue Freunde dazugewonnen und strategische Optionen eröffnet, die nun Zug um Zug erforscht werden können. Mit drei bedeutenden Wahlen und einer Rede in Kairo hat sich in der Krisenregion Nahost die Stimmung gewandelt. Der Pragmatiker Obama beansprucht für die USA eine neue Rolle als Ordnungsmacht.